

„Das russische Gas fehlt nicht mehr“, behauptet Habeck und erklärt die Energiekrise für beendet

Welt, 19.09.2024, Philipp Vetter

Seit über zwei Jahren befindet sich Deutschland offiziell im Gas-Alarmzustand. Doch damit soll wohl bald Schluss sein. Laut Wirtschaftsminister Habeck ist der Gasmangel überstanden. Doch Verbraucher und Unternehmen leiden weiter unter der hausgemachten Energiekrise.

Der Bürgerdialog am Mittwochabend in Osnabrück plätschert schon seit über eine Stunde vor sich hin, als Robert Habeck (Grüne) ganz beiläufig die deutsche Energiekrise für beendet erklärt. „Das russische Gas fehlt nicht mehr“, sagt der Wirtschaftsminister, „also jedenfalls nicht als Menge an Molekülen.“ Die Gasspeicher seien längst gefüllt, alle Vorgaben seien eingehalten. „Es gibt keine Gasmangellage mehr“, sagt Habeck.

Was Habeck beim Gespräch mit den Lesern der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ erwähnt, ist keineswegs eine Selbstverständlichkeit. Offiziell befindet sich das Land nämlich noch immer in der sogenannten Alarmstufe des Gasnotfallplans. Die war vor über zwei Jahren im Juni 2022 ausgerufen worden, nachdem Russland die Gaslieferungen einseitig gedrosselt und später ganz eingestellt hatte, um damit Druck auf Deutschland und Europa im Ukraine-Krieg auszuüben. Aufgehoben wurde diese Alarmstufe bis heute nicht, auch wenn die schlimmsten Befürchtungen von damals nicht eingetreten sind und Deutschland ohne Gasmangel oder Gasrationierung durch zwei Winter gekommen ist.

Für Habeck ist die Krise nun endgültig beendet, auch wenn es sich für viele Unternehmen, Gas- und Stromkunden keineswegs so anfühlt. Denn noch immer liegen die Preise für Energie deutlich über dem Vorkrisenniveau. „Die Preise sind höher, das ist so für Gas, aber nicht, weil wir eine Knappheit haben“, sagt der Minister. Die habe man 2022 zwar befürchtet, inzwischen seien die ersten Flüssiggasterminals aber in Betrieb, weitere werden demnächst in Betrieb genommen, es gebe jetzt sogar eine Reserve für den Fall, dass der Winter besonders kalt werden sollte. „Es gibt keine Mangelsituation mehr, aber die Gaspreise sind höher als 2017 bis 2019“, gibt auch Habeck zu.

Gaspreis 50 Prozent über dem Vorkrisenniveau

Und der Unterschied ist gewaltig: Rund 50 Prozent höher als vor der Krise liegt der Preis je Megawattstunde. In diesem Sommer ist der Gaspreis noch einmal deutlich angestiegen, das habe vor allem an den extrem heißen Temperaturen in Asien und Teilen Europas gelegen, die dazu geführt haben, dass dort „die Klimaanlage die ganze Zeit geballert haben“, sagt Habeck. „Man sieht, dass die globale Erwärmung an ganz unerwarteten Stellen einen preistreibenden Effekt hat.“ Er gehe davon aus, dass der Gaspreis noch etwas sinken werde, weil das Angebot auf dem Weltmarkt für Flüssiggas steigen werde. „Aber es kann sein, dass der Gaspreis, ich würde sagen, moderat über den Preisen der Vor-Covid-Jahre liegen wird, weil das Gas aus Russland halt Pipeline-Gas war und jetzt das LNG-Gas noch verschifft werden muss, es muss runtergekühlt und aufs Schiff verladen und über den Ozean geschickt

werden und das macht es in der Regel teurer.“ Die Unternehmen müssten mit diesen etwas höheren Preisen kalkulieren, das betreffe aber ganz Europa.

Doch genau das ist angesichts zahlreicher weiterer Standortnachteile wie hohen Unternehmenssteuern, Fachkräftemangel und überbordender Bürokratie für viele Firmen ein Problem. Zumal nicht nur die Gaspreise höher sind als in der Vergangenheit. In der Folge sind auch die Strompreise gestiegen, weil häufig die Gaskraftwerke den Preis setzen. Auch Habeck räumt ein, der Strompreis sei „am Markt noch höher als er es in vielen Zeiten davor war, aber insgesamt ist er für viele Leute runtergegangen, weil wir die Steuern und die Abgaben rausgenommen haben.“

Als privater Verbraucher und kleines Unternehmen könne man inzwischen die Kilowattstunde Strom für 26 Cent bekommen. „Ich selbst, weil ich auch zu faul bin und nicht die Zeit finde, mich damit mal zu beschäftigen, zahl' deutlich mehr, weil ich den Strom bei den Stadtwerken einfach nehme, aber wenn man Geld sparen will beim Strom, gucken Sie sich die Vergleichsportale an, das hat sich wirklich runterbewegt, auch weil die Bundesregierung Teile des Stroms übernommen hat“, behauptet Habeck. Er meint damit vor allem die sogenannte EEG-Umlage. Die hatten Verbraucher bislang über ihre Stromrechnung bezahlt, inzwischen stammen die zweistelligen Milliardenbeträge zur Förderung erneuerbarer Energiequellen zwar aus dem Bundeshaushalt – bezahlen müssen diese Kosten am Ende aber natürlich trotzdem die Steuerzahler.

Und es kommt eine weitere Kostenwelle auf die Stromkunden zu, das räumt Habeck an diesem Abend in Osnabrück noch einmal ein. Denn für das neue Energiesystem, das vor allem auf erneuerbare Quellen wie Solar- und Windkraft setzt, muss das Stromnetz massiv ausgebaut werden. „Wir werden das Stromsystem noch einmal neu denken müssen“, sagt Habeck. „Ich hoffe, dass die Kraft noch reicht, das in dieser Legislaturperiode noch grundsätzlich zu verabschieden.“ Die grundlastfähigen Kraftwerke, wie Atom- und Kohlekraftwerke, werden nach und nach abgeschaltet, deshalb müssen Speicher, Wasserstoffproduktion und eben Netze auf- und ausgebaut werden. „Jetzt müssen wir unser System stabilisieren“, sagt Habeck.

Auch private Verbraucher könnten künftig dazu beitragen, indem sie Strom in Elektroautos speichern und ihn bei Flaute oder nachts zurück ins Netz speisen. „Das wird dazu führen, dass das Stromsystem insgesamt günstig wird“, behauptet Habeck. Das Problem sei dann nur noch der Preis für die Infrastruktur. Die Stromnetze seien zu lange nicht ausgebaut worden. „Wir haben einfach rumgedödelte davor und nichts ist passiert“, sagt er. Jetzt baue man zwar umso schneller aus, doch die Kosten werden enorm sein und müssten nach alter Logik über die Netzentgelte in wenigen Jahren auf die Verbraucher umgelegt werden. „Diese Kosten für die nächste Infrastruktur, die Stromnetze, die Speicher, die bauen wir nicht für eine Legislatur, die bauen wir noch nicht mal für ein Jahrzehnt, die bauen wir für zwei bis drei Generationen“, sagt Habeck. Müssten sich die Investitionen in nur zehn oder 15 Jahre amortisieren, „wird uns das killen“, prophezeit der Minister. Er werbe dafür die Kosten nicht unmittelbar auf die Unternehmen und Bürger abzuwälzen, sondern sie sollten „staatlich vorfinanziert werden“, so dass sie über einen längeren Zeitraum abbezahlt werden können.

Die Energiekrise, das wird an diesem Abend in Osnabrück klar, ist keineswegs beendet, nur weil kein akuter Gasmangel mehr droht. Stattdessen müssen sich Unternehmen und Verbraucher nun auf eine neue Normalität einstellen – ohne Alarmzustand, aber mit deutlich höheren Energiepreisen.